

religiösen Qualität dessen, was da in Veranstaltungen zu Friedens- und Entwicklungspolitik, zu Ökologie und Basiskirche, in Gottesdiensten, Meditationen und Gebetszeiten aufbrach.

Die Mehrzahl der Veranstaltungen des Kvu fand in den Räumen der evangelischen Thomas- und Melancthonkirchengemeinden statt. Im Vergleich zum offiziellen Katholikentag wirkte der Kvu improvisierter, trotz aller Überfüllung zu verschiedenen Zeiten überschaubarer. Ein „politisches Café“ bot Gelegenheit zu Kontakten und Gesprächen, in einer Art ‚Markt alternativer Möglichkeiten‘ stellten sich die Mitgliedsgruppen der IKvu vor. Ansonsten enthielt das Programm des Kvu alles, was kirchen- und gesellschaftskritische Gruppen momentan bewegt: die Frau in der Kirche, Ökologie, Basisbewegung in Lateinamerika, Menschenrechte, Minderheiten am Beispiel der Sinti, Verhältnis Christentum und Sozialismus, „das Recht der Gemeinde auf Eucharistie“, neuer Lebensstil, Homosexualität–Heterosexualität, Entwicklungspolitik. Als Gastgruppen waren u. a. „Amnesty International“ und eine Gruppe Berliner Hausbesetzer eingeladen worden.

Hans Küng forderte in einem Vortrag ein entschiedeneres Vorgehen in der Ökumene als einen überfälligen kirchlichen Beitrag zum Weltfrieden. Dabei verlangte er seinen Zuhörern einiges an physischen Strapazen ab: Kirchenraum und Innenhof der Melancthonkirchengemeinde waren völlig überfüllt. Was mancher zunächst im Vergleich zu den Messehallen als familiär empfand, geriet an den Rand des Zumutbaren. Norbert Greinacher brach ein Forum, auf dem u. a. Ernst Käsemann und Petra Kelly ihren Austritt aus der „Körperschaft Kirche“ begründet hatten, eine halbe Stunde früher als vorgesehen ab, um für einen im Anschluß daran im gleichen Kirchenraum stattfindenden Gottesdienst einigermaßen erträgliche Bedingungen zu schaffen. Ernesto Cardenal bekam auf der Friedensveranstaltung des Kvu zu spüren, daß man trotz aller Verehrung, die ihm überall, wo er erschien, entgegenschlug, nicht gewillt war, ihm kritiklos zuzuhören: Als er nach Mei-

nung vieler Besucher allzu euphorisch von Kindern auf sandinistischen Panzern erzählte, bekam auch er Pfiffe zu hören.

Die Aufteilung in den offiziellen Katholikentag und den Kvu täuschte eine Trennung vor, wie sie faktisch weder sachlich noch personell bestand. Viele Veranstaltungen des Kvu hätten ebensogut auf dem offiziellen Katholikentag stattfinden können. Eine ansehnliche Zahl von Besuchern trug sowohl die offizielle als auch die Kvu-Plakette, so als wolle man stumm gegen das Nebeneinanderher von „oben“ und „unten“ protestieren. Trotz der im Vergleich zu Berlin großen Entfernung zwischen Messegelände und Thomas- bzw. Melancthonkirchengemeinde, wechselten viele Teilnehmer zwischen den Veranstaltungen hin und her. (Daß man dennoch beim Kvu stärker als in Berlin unter sich blieb, lag daran, daß eher zufällige Besucher wegen der Distanz von bis zu

einer Stunde Fahrtzeit zum oder vom Messegelände wegblieben.) Eine Reihe von Rednern des Kvu trat gleichfalls auf dem offiziellen Katholikentag auf (Marita Estor, Catharina Halkes, Johann Baptist Metz, Ferdinand Kerstiens, Vilma Sturm u. a.). Theologische und politische Positionen in der Friedensdiskussion, wie sie nicht nur von der IKvu vertreten werden, wurden auch auf Foren und Großveranstaltungen des offiziellen Katholikentages zum Ausdruck gebracht.

In Düsseldorf fand ein Katholikentag statt, der einmal mehr die Fragwürdigkeit der Trennung von „oben“ und „unten“ belegte. Die Fronten, die sich im Bemühen um die biblische Friedensbotschaft auftun, waren schwerer auszumachen, als es der Zwist zwischen dem ZdK und der IKvu anzudeuten scheint. Wenn ZdK und IKvu sich dessen bewußt werden, sollte für München 1984 eine Einigung nicht unmöglich sein. K. N.

## Bensberger Kreis: Provokation oder Vermittlungsversuch?

Ist „Frieden für Katholiken eine Provokation?“ Unter diese Frage hat der Bensberger Kreis sein neuestes Memorandum gestellt, das termingerecht zum 87. Deutschen Katholikentag in Düsseldorf erschien, um nach dem Willen der Autoren *Orientierungspunkte für die Diskussion* um Friedenswahrung und Friedensschaffung anzubieten. Studiert man es, so kann man sich grundsätzlich der abschließenden Forderung des Memorandums anschließen, daß innerhalb der Kirche „die Grenzen des Engagements für den Frieden über das bisher Gewohnte hinaus weiter gesteckt“ werden müssen.

Als „Provokation“ ist das im Grunde mäßigende, wenn auch pazifismusfreundliche Memorandum gegenüber dem „offiziellen“ Katholizismus gedacht. Gemeint sind in erster Linie das Zentralkomitee der deutschen Katholiken und die Bischöfe. Der Bensberger Kreis, eine seit 1966 bestehende Vereinigung „kritischer Christen in-

nerhalb der katholischen Kirche“, die es sich zur Aufgabe macht, *alternative Meinungen zu gesellschaftspolitischen Themen* neben den offiziellen Stimmen zu sammeln bzw. zu formulieren (vgl. HK, April 1968, 172 ff. und HK, September 1971, 410), legt damit ihr sechstes Memorandum zu aktuellen politischen bzw. gesellschaftlichen Diskussionen und Vorgängen vor.

Nach einer knappen Situationsanalyse der militärpolitischen Lage (Ost-West-Konflikt) zeigt das Papier *Hintergründe und Entwicklungslinien kirchlicher Verlautbarungen* seit 1945 bis zum gegenwärtigen Argumentationsstand innerhalb des deutschen Katholizismus auf. Schwerpunkt des Entwurfs ist der sich anschließende Versuch, theologische Grundlagen und ethische Kriterien zur Absicherung der politischen Hauptthese vorzulegen. In den abschließenden Überlegungen zu einer praktischen Nutzanwendung will der Bensberger Kreis schließlich *konkrete Schritte zur Abri-*

stung aufzeigen und den Hauptadressaten, die katholische Kirche, an seine Verantwortung erinnern, einen Beitrag dazu zu leisten, d. h. ein entsprechendes gesellschaftliches Wertbewußtsein zu entwickeln.

Nicht neu, und von den meisten der inzwischen erschienenen kirchlichen Stellungnahmen innerhalb der Friedensbewegung mehr oder weniger überzeugend vertreten, stellt sich das Papier entschieden hinter das „*gradualistische*“ Abrüstungsverständnis, das besagt, daß der Westen einseitig Vorleistungen auf dem Weg zu einer allseitigen Abrüstung erbringen solle, ohne sich jedoch schutzlos auszuliefern. Werden die ersten kleinen, aber konkreten Abrüstungsschritte von der gegnerischen Seite dann nicht aufgenommen und ihrerseits durch substantielle Abrüstung beantwortet, wäre nach Meinung der Verfasser diese Strategie gescheitert, ohne daß ein nennenswerter Schaden angerichtet wäre. Die *politische Begründung* für eine solche Vorleistungspolitik sieht die Gruppe in der größeren Handlungs- und Entscheidungsfreiheit des Westens gegeben: Der Westen sei der wirtschaftlich stärkere, er habe nicht in dem Ausmaß Gründe, sich bedroht zu fühlen wie der Osten, er sei zudem dem Ostblock militärisch mindestens gleichgestellt.

Bereits in dieser militärisch-strategischen Situationsanalyse zeigt sich, daß das Papier eine *zu schmale Basis* entwickelt, um darauf dann eine weiterführende Friedensethik aufbauen zu können. Wird mit der Empathieformel, also dem Ernstnehmen der Sicherheitsbedürfnisse der gegnerischen Seite, ein Ansatz entwickelt, der grundsätzlich nachvollziehbar ist, so muß doch die *vorschnelle Vereinfachung* zu denken geben. Zum Beispiel wird das Sowjetsystem ohne Diskussion dem amerikanischen „Imperialismus“ gleichgestellt; es ist verständlich, daß man bewußt einer *Ideologiediskussion* aus dem Weg gehen wollte, doch sollte darüber nicht vergessen werden, daß damit der Zusammenhang von Friede und Freiheit als *ein* Aspekt gründlicher Situationsanalyse von vornherein ausgeblendet wird. Ein be-

sonders deutliches Beispiel einer nicht überzeugenden Argumentation läßt sich in der konkreten Entwicklung des Textes vom ersten Arbeitspapier bis zur endgültigen These im Memorandum beim Begriff des „Gleichgewichts“ nachvollziehen:

Wird die Vorstellung vom *Gleichgewicht militärischer Kräfte* im Arbeitspapier noch einigermaßen ausdiskutiert, dann aber schließlich als „wenig überzeugend“ verworfen, so erfährt diese im Memorandums-Text lediglich die unergiebigere Wertung „unsinnig“. Ob auf diese Weise die politische Realität der letzten Jahrzehnte mit ihrem relativen Frieden unter dem Atomschirm einfach vom Tisch gefegt werden kann, ist doch wohl fraglich. Es ist möglich, daß der Bensberger Kreis, wohl wissend, daß er *keine neuen Sicherheitskonzepte* vorzulegen hat, sich allzu schnell an die bisherigen Vorlagen aus dem kirchlichen Bereich, etwa an die Pax-Christi-Plattform, anlehnt – oder sie ganz bewußt verstärken will. Doch wird in der gradualistischen Abrüstungsthese eine *relative Gleichgewichtssituation* nicht gerade vorausgesetzt? Denn die zuversichtliche Gewißheit, daß kein Schaden entstehe, wenn der erste Schritt von der anderen Seite nicht beantwortet werde, schließt die Voraussetzung eines ungefähren Gleichgewichts ein. So „unsinnig“ kann es also nicht sein, zunächst die Gewichte zu vergleichen ...

Im zweiten Schritt versucht das Memorandum zu zeigen, wie sehr sich die Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (vgl. „Zur aktuellen Friedensdiskussion“. Wortlaut in HK, Dezember 1981, 624 ff, vgl. dazu auch das Papier der ZdK-Kommission „Politik, Verfassung, Recht“ über „Ethische Grundlagen der Außen- und Sicherheitspolitik“ in HK, April 1981, 170 ff.) „eindeutig-einseitig“ liest, wenn man diese Stellungnahme an anderen kirchlichen Dokumenten mißt. Die innerkirchliche Entwicklung – von Pius XII. bis zu den neueren Erklärungen amerikanischer Bischöfe – soll zeigen, wie sehr vom ZdK Einseitigkeit propagiert worden ist. Dies will das Memorandum vor allem verdeutlichen.

Doch wird bei aller berechtigten Sorge, daß durch die starke Bindung führender ZdK-Mitglieder an eine politische Partei *die* Position der Katholiken verschleiert oder vereinsamt wird, ein Gegensatz konstruiert, der solchermaßen nicht existiert. Die auswahlweise angeführten vatikanischen Äußerungen bezeugen (so entschieden gerade die Ansprachen der beiden Päpste Paul VI. und Johannes Paul II. vor der UNO gegen jedweden Krieg vorgetragen wurden) jederzeit die Gewißheit, daß bisher keine brauchbaren Alternativen zu den gegebenen Strategien militärischer Sicherung entwickelt worden sind. Die Äußerungen des ZdK stehen so gesehen nicht im Widerspruch zu den anderen kirchlichen Verlautbarungen.

Den größten Abschnitt (27 von insgesamt 103 Thesen) widmet das Papier den „*theologischen Grundlagen und ethischen Kriterien*“. Dabei wird nicht eine eigene Grundlegung einer Ethik der Politik versucht, vielmehr wird deren Fehlen einfach achselzuckend zur Kenntnis genommen. Aber obwohl wie an anderer Stelle vorher angesprochen, die formulierten oder vorausgesetzten ethischen Grundpositionen, die nicht an die Situation von Menschen in staatlichen Strukturen heranreichen, auf eben diese angewandt. Das führt im Zusammenhang mit dem *Tötungsverbot* zu der Forderung: „Der einzelne muß nicht zuerst prüfen, ob er Gründe hat, den Wehrdienst zu verweigern, er muß vielmehr prüfen, ob er unter den gegebenen Umständen noch ethische Gründe hat, am Wehrdienst teilzunehmen.“ Daß darin das Widerstandsrecht des einzelnen gegen staatliche Gemeinschaft auf problematische Weise mit impliziert ist, wird offenbar übersehen.

Diese und ähnliche Aussagen können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Bensberger Memorandum insgesamt realitätsnah argumentiert:

Abrüstung beginnt mit „*geistiger Abrüstung*“ – ein Gedanke, der es verdient, vertieft zu werden. Eine kurzfristige Totalabrüstung ist nicht in Sicht – damit werden Extreme als utopistisch abgewehrt. Auch wenn als erster Schritt auf dem Weg zur Abrüstung eine